

# Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Spfr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensvert. d. Verb. Hamb. 11598  
45. Jahrgang **Hamburg, 31. Januar 1931** Nummer 5

## Internationale Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Die Völker hungern bei vollen Scheunen! Dieses in letzter Zeit mehrfach gebrauchte Wort ist heute zu einer traurigen Wahrheit für die Arbeiterschaft der Welt geworden. Trotzdem diese traurige Tatsache zum Leitmotiv der Europa-Konferenz hätte werden müssen, stritt man sich um nebensächliche Dinge. Wie liegen die Verhältnisse? Am Weltmarkte brechen die Preise zusammen infolge des stellenweise herrschenden Ueberflusses. Unüberwindliche Zollmauern hindern das Eindringen billiger Ware in die Bedarfsländer. In Kanada, in Nord- und Südamerika werden Mais und Weizen als Brennstoffe verfeuert. In Brasilien werden mit voller Absicht Millionenwerte an Kaffee, in andern südamerikanischen Ländern an Zucker verbrannt, und einem merkwürdigen Gesetz folgend fangen auch die Lagerhäuser europäischer Importeure zu brennen an. Mit einer hochentwickelten Technik ausgestattete Industrien lassen Bedarfs- und Luxusgüter sich zu Bergen türmen. Daneben stehen — nach Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes — mehr als 15 Millionen Arbeitslose, das sind mit ihren Angehörigen über 60 Millionen Menschen, die nicht nur verbrauchsuntauglich gemacht worden sind, sondern die eine moderne Gesellschaft buchstäblich dem Hunger überantwortet.

Noch vor mehr als einem Jahre erklärte man in den Vereinigten Staaten, es gebe in diesem gegliederten Lande keine Arbeitslosigkeit. Man lehnte vordringende sozialpolitische Maßnahmen ab — die hohen Löhne machten solche überflüssig. Heute stehen in USA. 7 Millionen Arbeitslose ohne wirksame Hilfe auf der Straße und nähren sich kümmerlich von den Bettelstuppen der Vandalen, des Roten Kreuzes und der Heilsarmee. Die amerikanischen Kommunen, denen heute Millionen von Armen zur Last fallen, schreien nach einem staatlichen Versicherungszwang. Sie preisen als Neuheit, was für die alte Welt unter dem Druck einer organisierten Arbeiterbewegung schon lange zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Und wenn die Berliner „Rote Fahne“ mit Ueberheblichkeit erklärt, man suche in den Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes vergeblich nach einer Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland, so sei dem gegenüber festgestellt, daß es dort durch brutalen Arbeitszwang zwar gelungen ist, die Arbeitslosigkeit hinweg zu betriegen. Aber auch die fanatischsten Anhänger Sowjetrußlands müssen erkennen, daß sich der Hunger nicht durch Verordnungen verschweigen läßt. Und das russische Proletariat hungert in seinem Arbeitszwang, damit die Lebensmittel zu Schleuderpreisen exportiert werden können, um die Devisen des europäischen und amerikanischen Kapitalismus ins Land zu bekommen. Der Fünfjahresplan ist ein Leidensweg und ein Opfergang für das russische Proletariat. Von der Phalanx des Hungers und der Not ist auch die sowjetrussische Arbeiterschaft nicht ausgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit ist durch die weltwirtschaftlichen Umwälzungen zu einem internationalen Problem geworden. International müssen daher auch die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sein.

Noch vor allem gilt es, im Lande selbst den Kampf gegen das Uebel zu führen. Unentbehrlich ist die Arbeitslosenversicherung und die Unterstützung. Wenn die Zahl der in den wichtigsten Industrieländern der Welt gegen Arbeitslosigkeit Versicherten sich von 4,5 Millionen im Jahre 1919 auf 44,6 Millionen — also um das Zehnfache erhöht hat, ist dies ein Beweis für die wachsende Bedeutung der Versicherung. In immer höherer Maße werden in fast allen Industrieländern öffentliche Arbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit gefördert. Eine öffentliche und kostenlose Arbeitsvermittlung wirkt regulierend und helfend. Die Zahl der öffentlich vermittelten Stellen hat sich von 2,7 Millionen im Jahre 1911 auf etwa 20 Millionen im Jahre 1930 erhöht. Aber alles dies sind nur Hilfsmittel, die zwar lindern können, aber nicht geeignet sind, das Uebel zu beseitigen.

Dazu bedarf es heute Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, die weit über das hinausgehen, was bisher an internationaler Zusammenarbeit geleistet worden ist. Mit der Bekämpfung der

Rohlenkrise haben Völkerbund und Internationales Arbeitsamt auf diesem Gebiet einen, wenn auch noch heftig umstrittenen, Anfang gemacht. Wie lange der Kampf noch dauern mag, er muß enden mit einer Verständigung der kohleerzeugenden Länder untereinander und vor allem mit einer internationalen Gleichgestaltung der Arbeitsbedingungen. Und was hier für die Kohle gilt, hat allgemeine Geltung.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat im Oktober 1930 auf Grund eines Vorschlags der Arbeitergruppe beschlossen, seinen Ausschuss zur Erforschung der Arbeitslosigkeit zu erweitern und mit einer eingehenden Erhebung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die zu ihrer Bekämpfung geeigneten Maßnahmen zu beauftragen. Es darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß das Internationale Arbeitsamt und andere Völkerbundsorgane in bezug auf die wissenschaftliche Ermittlung der wichtigsten Ursachen schon wertvolle Vorkarbeit geleistet haben. Heute kommt es mehr auf die politischen Entscheidungen an. Ein Blick auf die zu behandelnden Probleme beweist dies. Als Krisenursachen werden in dem Antrag der Arbeitergruppen in Genf unter andern genannt:

1. der sinnlose Zollkrieg unter den Nationen,
2. die mangelhafte internationale Verteilung des Kapitals und der Rohstoffe,
3. die mangelhafte Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Verbraucher,
4. die schlechte Verteilung des Volkseinkommens unter die verschiedenen Bevölkerungsschichten,
5. die Nationalisierung usw.

Eine zweckmäßige Regelung gerade dieser Fragen jetzt eine weitgehende Verständigungsbereitschaft der Nationen voraus. Noch scheinen sie für eine Niederlage der Zollgrenzen, wie die Völkerbundskonferenz bewies, nicht reif zu sein. Das gleiche gilt hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe. Ob die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich in der Lage sein wird, eine bessere Kapitalverteilung herbeizuführen, scheint noch zweifelhaft. Noch ist, alles in allem, der Einfluß der organisierten Arbeiterbewegung auf die Regierungen und für die Gestaltung der Verhältnisse zu schwach. Dies zeigt insbesondere die Tatsache, daß auch die mangelhafte Verteilung der Volkseinkommen eine Ursache der Krise mit ist. Der Lohn ist ein politischer Lohn. Von dem Volkseinkommen erhält die Arbeiterschaft nur den Anteil, den sie kraft ihrer organisierten Macht politisch und gewerkschaftlich zu erkämpfen vermag. Das gleiche gilt ohne Einschränkung auch für die Erringung des der Arbeiterschaft zustehenden Anteils an den Erfolgen der Nationalisierung. Auch die Verständigung mit der farbigen Arbeiterschaft Asiens und Afrikas, die heute schon den europäischen Arbeitsmarkt bedrängt ist eine Angelegenheit, die nur mit Hilfe der organisierten Arbeiterbewegung zweckmäßig geregelt werden kann.

In dieser Richtung liegen auch die in einer Denkschrift zur Europa-Konferenz gemachten Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas. Hier wird insbesondere betont, daß jede europäische Einigung und Verständigung unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen und die Kaufkraft der Arbeiterschaft sich auswirken müsse, und daß daher die Vertretung der Arbeiterschaft unbedingt das Recht zur Mitwirkung haben müsse. Wirtschaftliche und politische Maßnahmen in Europa müßten eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft bringen. Daher könne eine solche Verständigung nicht allein das Werk von Politikern und Wirtschaftlern sein, sondern es sei nur möglich im engsten Zusammenwirken mit der internationalen Arbeitsorganisation, wo die Arbeiter der Welt einen maßgebenden Einfluß besitzen, und dem geplanten europäischen Komitee.

Eine machtvolle internationale Arbeiterbewegung ist daher die Voraussetzung für eine erfolgreiche Lösung der internationalen Probleme. Die Arbeiterschaft kann die vom Internationalen Arbeitsamt und vom Völkerbund angebahnte wissenschaftliche Durch-

leuchtung der Ursachen der Weltkrise nur begrüßen. Aber darüber hinaus muß sie in allen Ländern die Vertreter der Gemeininteressen an die Stelle der Vertreter der Privatwirtschaft setzen. Erst dann verschwinden die heute noch unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten politischer Art.

## Neuwahlen der Betriebsvertretungen 1931

Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März bis April 1931 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1931 sind daher von den Ortsausschüssen des AOB. und den Ortskartellen des Afa-Bundes

in den Monaten Februar bis März 1931 gemeinsam durchzuführen.

Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vorzunehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig keine Betriebsvertretung besitzen, ihre Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diese haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsgerichts zu beantragen. Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1930 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen. Die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie diejenigen im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft handeln nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen. Nach einer Vereinbarung der im Bergbau zuständigen Gewerkschaften finden die Betriebsrätenneuwahlen 1931 für den Bergbau in der Zeit vom 24. bis 26. März 1931 statt.

Seit 1930 ist die Arbeiterbewegung vor eine ganz neue, außerordentlich schwierige Situation gestellt. Als Folge der Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben wir, wie in andern Industriestaaten, auch in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von einem bisher nie dagewesenen Ausmaß. Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, wie diese Arbeitslosigkeit behoben und die Wirtschaft wieder in normalen Gang gebracht werden kann.

Die Verzweiflung, die infolgedessen große Schichten von Arbeitern und Angestellten erfasst hat, hat dazu geführt, daß bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 Millionen Staatsbürger glaubten, nur noch von den extremen Parteien von ganz rechts und ganz links das Heil erwarten zu können.

Die Reichsregierung hat sich verpflichtet geglaubt, den gegenwärtigen Verhältnissen mit außerordentlichen Maßnahmen zu steuern. Durch diese Maßnahmen sind erhebliche Verschlechterungen des deutschen Sozialrechtes eingetreten.

Neben der gewaltigen Arbeitslosigkeit wird die Existenz der Arbeiter und Angestellten durch Ausfestage, Kurzarbeit und Betriebsstillegungen ununterbrochen erschüttert.

Es gibt nur eine Möglichkeit, aus diesen Zuständen wieder herauszukommen:

die Macht und Geschlossenheit der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Wiederum ist daher, wie bereits im Jahre 1930, für die Betriebsrätenneuwahlen 1931 die Parole: Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des AOB. und des Afa-Bundes. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des AOB. angehören, oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem Afa-Bunde angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebhaftigkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des AOB. notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des Afa-Bundes anzustreben.

Wahlabkommen mit andern Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem UGBV oder dem Ufa-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen!

Tretet erneut geschlossen in die Schranken zum Kampf gegen alle Feinde der Gewerkschaften. Klärt die irreführenden Arbeitskollegen und Arbeitskolleginnen auf. Nichts ist gefährlicher, als in schwierigen Zeiten der Verweigerung anheimzufallen. Die Betriebsräteurnewahlen 1931 müssen ein machtvolles Zeichen dafür werden, daß auch in den schwierigsten Lagen die deutsche Arbeiterklasse in ihren Kerntruppen einig und geschlossen bleibt.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen!

Sorgt dafür, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird und daß überall die fähigsten Belegschaftsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden.

Auf zu den Betriebsräteurnwahlen 1931!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

### Das Wirtschaftsprogramm der Nazis

Von Fris Larnow, M. d. R.

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat ihren geistigen Inhalt aus wissenschaftlichen Erkenntnissen über die ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge gezogen. Bevor der „marxistische“ Sozialismus da war, gab es schon lange in vielfältigen Schattierungen den utopischen Sozialismus, der sich in gefühlsmäßiger Auflehnung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, in Wunschträumen nach einer besseren Zukunft erging und dafür kunstvoll ausgeklügelte „Systeme“ propagierte. Das historische Verdienst von Karl Marx war es, die Entwicklungsgesetze der Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen und das Proletariat gelehrt zu haben, von hier aus die sozialökonomische Umwälzung in Angriff zu nehmen.

Die utopischen Bewegungen sind gekommen und wieder vergangen. Manche erderten im Zusammenbruch ihres eigenen Systems, das sie der Welt vorführen wollten, um sie zu überzeugen. Immer erwies sich das „System“ als eine Utopie, als eine Seifenblase, die nur so lange schillerte, bis sie an den harten Tatsachen der ökonomischen Wirklichkeit zerschellte. Geblieben sind der wissenschaftliche Sozialismus und die auf seiner Grundlage erbaute internationale Arbeiterbewegung, die aus der Tiefe hervorstieg zu einer den ganzen Weltball umspannenden Macht. In ihr lebt die sichere Überzeugung, daß die sozialistische Gesellschaft kommen wird, aber sie hält sich frei von der Illusion, als ob ökonomische Systeme einfach „gemacht“ werden könnten.

Wenn man der Nazi-Bewegung überhaupt sozialistische Ideen zuschreiben will, gehören sie zweifellos auf das Gebiet des utopischen Sozialismus. Von Haus aus war es die nationalsozialistische Phrase allein, um die sich diese Bewegung gruppierte. Aber der Zwang zur ökonomischen und sozialen Stellungnahme ist für jede politische Partei so stark, daß auch Hitler nicht umhin konnte, nach einem solchen Programm Umschau zu halten. Sein Unterra führte ihn in einen Vortrag des Ingenieurs Gottfried Feder, der — obwohl oder vielleicht gerade weil er unbeschwert von allen volkswirtschaftlichen Kenntnissen — gerade damit fertig geworden war, ein sozialökonomisches System zu erfinden. Adolf Hitler, froh, so schnell etwas nach seiner Meinung Brauchbares gefunden zu haben, gab Gottfried Feder also gleich den Auftrag, ein nationalsozialistisches Programm anzufertigen, etwa so, wie man bei einem Schneider einen Anzug bestellt. Ein dieser Zeit müssen die bedauernswerten Nazi-Agitatoren einen Sozialismus vertreiben, den der eigene Erzeuger Gottfried Feder im Reichstag kürzlich gegen den Verdacht verteidigen mußte, daß er sozialistische Tendenzen enthalte.

Das heißt, Herr Feder erklärte, zur Veruhigung der kapitalistischen Geldgeber, die Nationalsozialistische Partei habe keine sozialistische Tendenz, und er sprach damit sicher die Wahrheit aus, soweit es sich um die Ansicht der Führung handelt. Ob nicht unter den Anhängern eine breite Schicht nur deswegen dabei ist, weil sie an die sozialistischen Phrasen der Nazi-Redner glaubt, das ist freilich eine andere Frage. Und wenn Herr Feder das von ihm hergekommene Programm seiner Partei überhaupt versteht, wird er auch darin die sozialistische Tendenz schwerlich leugnen können.

Das Kernstück dieses Programms ist bekanntlich die „Brechung der Zinsknechtschaft“. Karl Marx forderte die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, und er machte klar, daß das nur möglich sei durch die Aufhebung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, durch die Umwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Herr Feder aber hatte den Auftrag, einen antimarxistischen Sozialismus zu erfinden, in dem das kapitalistische System erhalten bleiben, aber die kapitalistische Ausbeutung aufgehoben soll. Daß er diese unmögliche Aufgabe nicht lösen konnte, gericht ihm sicher nicht zum Vorwurf. Die Scheinlösung aber, auf die er in seiner Not verfallen ist, enthält ihn als einen volkswirtschaftlichen Laien von so primitiver Raubart, daß man sich erschreckt fragt, ob denn in dieser nun so großen Nazi-Bewegung nicht ein einziger Mensch von durchschnittlicher Intelligenz ist, der dafür sorgt, daß der Fallat des Federischen Blödsinns über Nord geworfen wird.

Wie macht man es, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln unangetastet zu lassen und dennoch die Ausbeutung der Arbeitskraft zu verhindern? Ganz einfach: Man nimmt den Besitz an Produktionsmitteln „schaffendes“ Kapital und den bloßen Geldbesitzer „raffendes“ Kapital. Weiter bildet man sich ein, daß dies letztere Kapital ausschließlich im Besitz von

### Verlängerung der Höchstbezugsdauer in der Krisenfürsorge

Der Reichsarbeitsminister hat durch neuesten Erlass angeordnet, daß für Arbeitslose, die am 3. November 1930 bereits Krisenunterstützung bezogen haben, die frühere Unterstützungshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 aufrechterhalten bleibt.

Damit werden die Uebergangsbestimmungen des Erlasses über Personenzahl und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober (siehe Nr. 48 des „Maler“) außer Kraft gesetzt. Diese Uebergangsbestimmungen betrafen bekanntlich, daß Krisenunterstützungsempfänger, die am 10. Januar 1931 die jetzt gültige Höchstdauer von 32 beziehungsweise 45 Wochen (bei Arbeitslosen über 40 Jahren) erreicht oder überschritten hatten, am 17. beziehungsweise 24. Januar ausscheiden mußten.

Die bereits vor dem 3. November 1930 im Krisenunterstützungsbezug befindlichen Arbeitslosen bleiben also bis zur Erschöpfung der alten Bezugsdauer von 39 Wochen und — bei Arbeitslosen über 40 Jahren — 52 Wochen im Unterstützungsbezug, aber nicht über den 28. März 1931 hinaus.

Unberührt bleibt durch diesen Erlass die Bestimmung, daß die Höchstbezugsdauer für die nach dem 3. November 1930 entstandenen Krisenunterstützungsfälle 32 Wochen und bei Arbeitslosen über 40 Jahren 45 Wochen beträgt.

Juden ist. Damit ist der nationalökonomische Lehrgang für einen Nazi im wesentlichen schon beendet. Soweit die Juden im Dritten Reich nicht einfach totgeschlagen werden, wird das „raffende“ Kapital durch ein gesetzliches Zinsverbot unwirksam gemacht, und damit ist dann nach der Meinung des Herrn Gottfried Feder die kapitalistische Ausbeutung restlos aufgehoben.

Um diesen heillosen Unsinn als solchen zu erkennen, braucht man sich nur einmal die Dinge praktisch vorzustellen. Vor dem Kriege hatten die Sparkassen einen Einlagebestand von rund 22 Milliarden Mark, der nach der Inflation bis heute schon wieder auf die Hälfte dieser Summe aufgebaut worden ist. Es sind Millionen kleiner Sparrer, die dieses „raffende“ Kapital zusammengetragen haben und dafür ihre Zinsen bekommen. Von den Geldinstituten wandert das Kapital nun weiter in die Unternehmungen, womit es sich in „schaffendes“ Kapital verwandelt. Der Unternehmer muß heute zunächst dieses Kapital verzinsen, und darüber hinaus kann er einen beliebig großen Profit für sich daraus „erschaffen“. Im Dritten Reich gibt es keine Zinsen mehr; dagegen bleibt das unbeschränkte Recht auf Profiterhalten. Das ist der Sozialismus Gottfried Feders, und danach versteht man, daß so viele Unternehmer mit Begeisterung sich ebenfalls dazu bekennen.

Aber halt, jagt der Nazimann: Werden nicht auch die großen Geldkapitalisten bei diesem Verfahren getroffen, und sollten die kleinen „raffenden“ Kapitalisten darin nicht eine ausreichende Entschädigung für das ihnen auferlegte Opfer sehen können? Nun, der große Kapitalist würde, vor die Wahl gestellt, entweder sein Geld zinslos ausleihen oder sich selber von einem „raffenden“ in einen „schaffenden“ Kapitalisten verwandeln, ganz bestimmt das letztere tun, das heißt ohne den Umweg über eine Bank sich mit seinem Geld unmittelbar an einem Unternehmen beteiligen, um die Zinsen in Form von Profit einzujäckeln. So läuft das ganze nur auf eine Enteignung der kleinen Sparrer hinaus, zum größten Nutzen des Großkapitals und des Profits.

Die Vorstellung, daß man das kapitalistische System erhalten und den Kapitalzins aufheben könnte, ist eine der abjurdesten Ideen in der Geschichte des utopischen Sozialismus. Auf diesem Wege die Ausbeutung beseitigen zu wollen, ist genau so geistreich, als wenn man sich von einer Konfiskation aller Thermometer die Beseitigung der Fieberkrankheiten verspräche. Man braucht gar nicht einmal daran zu denken, daß bei der Kapitalabhängigkeit Deutschlands vom Ausland die Anwendung des Nazi-Rezepts einen sofortigen Zusammenbruch des Kapital- und Kreditwesens und damit der deutschen Wirtschaft überhaupt unvermeidlich zur Folge haben würde.

Auch sonst enthält das Nazi-Programm noch manche Groteske. Als es auf einem Parteitag im Jahre 1920 beschlossen wurde, unterstrich man die Feierlichkeit dieser Aktion durch die Festlegung, daß dieses Programm „unabänderlich“ sei. Herr Gottfried Feder hatte in der damaligen Inflationszeit mit großen Scharfsinn entdeckt, daß wieder eine feste Währung geschaffen werden müsse, und diese Forderung als einen besonderen Punkt seinem Programm einverleibt. Nun hat es das Schicksal gefügt, daß die neue Währung bereits seit Ende 1923 ohne die Nazis verwirklicht worden ist. Eigentlich müßte nun dieser Punkt aus dem Parteiprogramm gestrichen und damit dieses verändert werden. Aber das darf nicht sein, von wegen der ewigen Unabänderlichkeit. Aus dieser Not fand der kluge Gottfried denselben Ausweg wie Anno 1848 die braven Bürger von Greiz-Schleiz-Lobenstein, die nicht hinter der Zeit zurückziehen wollten, revolutionierend vor das Schloß ihres Landesvaters zogen, kategorisch eine Verfassung erheischten und auf die unerwartete Auskunft, daß eine solche doch bereits verfaßt sei, nach kurzem Kriegsrat trotzig erklärten, daß sie ihre Revolution nicht umsonst gemacht haben wollten und deshalb noch eine Verfassung fordern mußten. So bleibt nun auch Herr Feder dabei, daß die Nazis — nachdem ihnen die jüdische Host mit der Währung schon zuborgekommen ist — dennoch getreu dem Programm noch mal eine neue Währung zu fordern hätten. Wie er sich dann in seiner fröhlichen Ahnungslosigkeit eine Nazi-Währung vorstellt, das ist ein überaus lustiges Kapitel für sich; doch würde darauf einzugehen hier zu weit führen.

Die kurze Zeit parlamentarischer Mitarbeit, zu der die Nationalsozialisten nach ihrem Wahlsieg gezwungen waren, hat bereits enthüllt, daß die Hemmungslosigkeit

ihrer Agitationsdemagogie noch übertroffen wird von der parlamentarischen Unfähigkeit, mit den politischen Tagesfragen fertig zu werden. Sobald sich die robusten Mahlen von der Versammlungsbühne in den Parlamenten ausschüß verfest sehen, offenbart sich ihre ganze Hohlköpfigkeit.

Nein, diese nationalsozialistische Bewegung ist nicht was der sozialistischen Arbeiterbewegung auf die Dauer gefährlich werden könnte. Die Not der Zeit liefert reichlich Nahrung für das Aufschließen eines politischen Wunderglaubens. Millionen, die sich dem proletarischen Klassenkampf der Arbeiterbewegung gefühlsmäßig nicht eingliedern können, fühlen dennoch den harten Druck des kapitalistischen Systems an eigene Leibe. Einmal aufgerüttelt, werden sie nicht so einfach die Bewunderung der göttlichen Weltordnung zurückfallen, wie die Naziführer, die schon jetzt dabei sind, ihre Friebe mit den „Banken- und Börsenfürsten“ abzuschließen, sich das wohl vorstellen mögen. Und aus dem Wirnis der nationalsozialistischen Phrasologie, deren Inhaltlosigkeit mit jedem Tage mehr offenbar wird, werden sicher viele der enttäuschten Anhänger über kurz oder lang den Weg zum wirklichen Sozialismus finden.

### Neuer Index für Lebenshaltungskosten

Der Index entspricht schon lange nicht mehr den Bedürfnissen und ist vollständig veraltet. Da er bei der Lohngestaltung eine außergewöhnliche Rolle spielt, führt er zur Schädigung der deutschen Arbeiterschaft. Der Arbeiterrat Groß-Hamburg hat an die Hamburger Arbeitsbehörde eine Eingabe gerichtet, die sich auf gründliche Berechnungen stützt und den Vorschlag zu einem neuen Index enthält. In dem Begleit Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die konstruierte Normalfamilie in ihren Normalausgaben vollkommen anomal ist. Sie macht keine Aufwendungen für Steuern, Sozialversicherung, Instandhaltung der Wohnung und Neuanschaffungen und kennt keine Verbandsbeiträge. Die Ausgaben für Körperpflege beschränken sich in dieser Familie auf monatlich achtmal Rasieren und zweimal Baden, auf ein Handtuch und ein Stück Toilettenseife. Das Bildungsbedürfnis wird durch eine Tageszeitung, 48 Neclambeste, 72 Stück Bleistifte und einem 48maligen Besuch des Kinos im Jahr befriedigt. Bezüglich der Bekleidung ist es nicht zu verstehen, daß man immer noch von schwarzen Rindborstenschürstiefeln für Frauen, baumwollenen Frauenstrümpfen, Flanellhemden usw. für Männer spricht. Teilweise sind diese Waren gar nicht mehr vorhanden. Ein wichtiges Nahrungsmittel, das Obst, fehlt in der Ernährungstabelle vollständig. In der konstruierten Normalfamilie beschränkt sich der Verbrauch an Wurst- und Fleischwaren auch nicht lediglich auf Salzheringe. Der arbeitende Mensch hat selbstverständlich das Bedürfnis nach Erholung. Er geht aus, trinkt ein Glas Bier und raucht seinen Tabak. Der Indexermittler nach altem Muster kennt keine Erholung, keine Ausgaben für Sport usw. Der vom Hamburger Arbeiterrat aufgestellte neue Index beruht auf den amtlichen Kleinhandelspreisen. Das Ergebnis ist folgendes:

	1913/14	1930	neue Berechnung	Index auf der alten Grundlage errechnet
Lebensmittel	85,01	124,94	147,00	141,00
Wohnung	45,98	58,86	128,00	128,00
Beleuchtung	8,93	13,46	150,72	191,67
Heizung				94,51
Bekleidung und Wäsche	16,42	26,95	164,12	166,61
Sonstiger Bedarf	56,80	115,81	203,89	198,76
	213,14	340,02	159,52	146,93

Der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Index beträgt 12,59%. Daß dies für die Berechnungsmethoden bei der Beurteilung der Lohnhöhe von ausschlaggebender Bedeutung ist, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Deshalb stellt auch der Hamburger Arbeiterrat fest, daß die Kaufkraft der Löhne der gelerntten Arbeiter bis September 1929 und die der ungelernten Arbeiter bis September 1928 unter dem Friedensstand lag und bis September 1930 um 34 beziehungsweise 55%, nicht aber um 12,3 beziehungsweise 14,5% nach dem alten Index gestiegen ist. Ans erscheinen die Untersuchungen des Hamburger Arbeiterrats als eine praktische Vorarbeit zur Aufstellung einer neuen Maßziffer für die Lebenshaltungskosten. Mit allen Mitteln muß darauf hingearbeitet werden, daß der alte irreführende Index recht bald verschwindet.

### Ueberstunden sind Diebstahl.

Ihr, die ihr Ueberstunden macht, habt ihr ein einzig Mal bedacht, daß Tausende, die draußen stehn, erbarmungslos zugrunde gehn? Mit sorg- und hungrigen Blicken sehn sie euch schuften, kriechen, bücken — so mancher war euch Kamerad, jetzt „sorgt“ für ihn — und wie! — der Staat! Wie ihr, sah einst auch er am Pult, nun süht er unser aller Schuld, verflucht zur Arbeitslosigkeit. voll Bangen vor der spätern Zeit. Ihr sühnt weiter in die Nächte, verleugnet eure Menschenrechte und front hohlwangigen Gesichts für ein paar Groschen — oder nichts. Ihr helft die Hungernden berauben, nehmt ihnen Hoffnung, letzten Glauben; denn mancher fände Brot und Lohn, vertriebt nicht ihr ihn noch davon.

# AUS UNTERM VERBANDSLEBEN

## Zum § 6 Ziffer 2 unseres Reichstarifs (betreffend Schwerbeschädigte).

Vor dem Arbeitsgericht in Hamburg hat im Jahre 1930 ein schwerbeschädigter Kollege gegen seinen Arbeitgeber wegen fristloser Entlassung auf Weiterzahlung seines Lohnes für 4 Wochen gellagt. Da der Kollege mit 200 M im Vergleichswege zufrieden war, bedurfte es eines Urteils des Gerichts nicht, das jedoch, wenn es hätte gefällt werden müssen, bestimmt ganz zugunsten des Klägers ausgefallen wäre. Jetzt liegt ein Urteil des Arbeitsgerichts Essen a. Ruhr vom 23. Dezember 1930 vor, das abermals die Bestimmung des § 6 Ziffer 2 des Reichstarifs ignoriert und damit dessen gesetzliche Unmöglichkeit feststellt. Kläger war der Vertrauensmann der Hamburger Zahlstelle Hochdorn i. Dithmarschen, Kollege L. Bellagte war die Firma A. Massenbergs, Anstreichergeschäft, Essen a. Ruhr. Arbeitsobjekt war die Hochbrücke über dem Nord-Offsee-Kanal bei Hochdorn.

**Sachbestand:** Der Kläger ist Schwerbeschädigter. Er ist als Anstreicher für die bellagte Firma an der Brücke tätig gewesen. Am 11. Juli 1930 ist ein anderer Anstreicher etwa 6 Meter tief abgestürzt. Während der bauleitende Polier Schl. sich um den Verletzten kümmerte, wandte sich der Kläger an den stellvertretenden Polier mit der Forderung, eine Belegschaftsversammlung zu gestatten zwecks Untersuchung des Unfalles und Verhütung weiterer Unfälle. Dieses hat der stellvertretende Polier abgelehnt. Auf dessen Aufforderung hin hat der Kläger sich an seine Arbeitsstelle zurückbegeben. Auf dem Wege dahin hat der Kläger seinen Mitarbeitern zugerufen: „Feierabend“. Als der Polier dann zurückkam, ist der Kläger fristlos entlassen worden. Der Kläger behauptet, daß die fristlose Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Als Schwerbeschädigter habe er mindestens Anspruch auf Weiterzahlung des Lohnes für 4 Wochen gleich 209,28 M. Die Bellagte hat Klageabweisung beantragt. Sie hält die fristlose Entlassung für berechtigt. Sie habe nichts von der Schwerbeschädigten-Eigenschaft des Klägers gewußt. Der Kläger hat deshalb auch keinen Anspruch auf Bezahlung für 4 Wochen. Im übrigen wird auf die beiderseitigen Schriftsätze Bezug genommen.

### Entscheidungsgründe:

Nach der überwiegenden Rechtsprechung und Literatur kann von einem Schwerbeschädigten nicht verlangt werden, daß er bei Eintritt in das Arbeitsverhältnis erklärt, er sei Schwerbeschädigter. Andernfalls würde es einem Schwerbeschädigten kaum gelingen, ohne Zustimmung der Schwerbeschädigtenstelle einen Arbeitsplatz zu erhalten. Nur ein Verschweigen der Schwerbeschädigten-Eigenschaft auf ausdrückliches Befragen hin macht einen Arbeitsvertrag anfechtbar. Im übrigen genießen sämtliche Schwerbeschädigten, wenn sie einmal in den Arbeitsprozeß eingereiht sind, den Schutz des Schwerbeschädigtengesetzes. Die Kündigung ist danach abhängig von der Genehmigung der Landesfürsorgestelle. Der Anspruch eines Schwerbeschädigten geht also über die normale Kündigung hinaus. Nach § 13 des Schwerbeschädigtengesetzes bleiben aber die Bestimmungen über die fristlose Entlassung unberührt. Es erübrigt sich aber, über die Vorgänge am 11. Juli 1930 die vom Kläger benannten Zeugen zu vernehmen, da das Vorbringen der Beklagten und die Aussage ihres Zeugen Schl. nicht ausreicht, die fristlose Entlassung zu rechtfertigen. Der Kläger hat hiernach den Versuch der Arbeitsverweigerung gemacht. Er hat sich aber nicht einer beharrlichen Arbeitsverweigerung schuldig gemacht. Auch sein Ruf „Feierabend“ ist zu würdigen aus der allgemeinen Erregung über den Unfall. Jeder Unfall im Betrieb läßt für eine Zeit lang die Arbeit stocken und die Köpfe zusammensteden. Im übrigen haben sich nur wenige Arbeiter durch den Ruf „Feierabend“ für einen Augenblick von der Arbeit fernhalten lassen. Das ganze Verhalten des Klägers erfüllt nicht einen der Tatbestände des § 123 der Gewerbeordnung, die ausschließlich die fristlose Entlassung rechtfertigen. Der Klage war daher stattzugeben.“

### Ein Telefongespräch mit einer Malersfrau.

Hier ist A.  
Hier ist Frau B. Sagen Sie mal Herr A., Sie haben bei einem unserer Kunden Geld gepfändet, wie kommen Sie dazu?  
Ich habe noch kein Geld gepfändet, Frau B., aber dem Kunden Ihres Mannes mitgeteilt, daß ich auf Grund § 845 der Zivilprozessordnung demnächst eine Lohnsumme pfänden lassen werde.  
Es ist unerhört, Herr A., was Sie da machen, mischen Sie sich nicht in unsere Angelegenheiten.  
Über Frau B., Sie wissen doch, daß ich für den Gehilfen K. mit Vollmacht die Lohnklage beim Arbeitsgericht durchgeführt habe, der Kollege muß doch endlich sein Geld haben.  
Ja, das war auch ganz ungehörig von Ihnen. Es geht Sie gar nichts an, ob wir unsern Gehilfen noch Lohn schulden.  
O doch, Frau B., es geht uns in der Gewerkschaft sehr viel an; wenn Ihr Mann Gehilfen beschäftigt, muß er auch am Lohnzahlungstage den verdienten Lohn zahlen. Der Gehilf. K. bekommt von Ihrem Mann noch 115 M.  
Ja, der Gehilfe soll ja auch seinen Lohn haben.  
Schön Frau B., wann wollen Sie dem Gehilfen sein Geld zuschicken?  
Wenn wir etwas haben. Zuerst kommen wir. Bei dieser Wirtschaftslage können wir nicht zahlen. 5000 M

bekommt mein Mann noch von einem Kunden, der zahlt auch nicht. Der Gehilfe braucht das Geld noch nicht, der geht ja stempeln, der bekommt ja Arbeitslosenunterstützung.

Aber Frau B., es ist doch unerhört, so zu reden. Der Gehilfe ist schon seit Wochen arbeitslos und leidet mit seiner Familie Not, und Ihr Mann hat zwei Bauten in Arbeit und arbeitet, wie Sie mir eben sagten, von morgens bis abends. Also zahlen Sie bald, sonst muß die Sache ihren Lauf nehmen.

Ja, Sie sind es, die uns ruinieren. Kein Malermeister kann mehr die Löhne zahlen. Die Gewerkschaften ruinieren ganz Deutschland. Die sind an allem schuld.

Nanu, liebe Frau B., sind Sie vielleicht unter die Nazis gegangen?

Sawohl, das sind wir, und die Bonzen werden schon sehen was kommt. — Und damit legte sie ihren Hörer auf.

Nachdenklich legte auch ich meinen Hörer auf. — Köpfe werden rollen — — — — brrr, mir graut. Großer Adolf! Fachgenosse, mache keine Weiber zu Syänen.

**Gelsenkirchen.** Im Gewerkschaftshaus fand am 10. Januar unsere Jahresgeneralversammlung statt. Der erste Vorsitzende, Kollege Siebert, begrüßte die erschienenen Kollegen sowie den Kollegen Knüchel, Essen. Sodann gab er eine kurze Uebersicht über die Tätigkeit des Verbandes im verfloffenen Jahr. Trotz der katastrophalen Wirtschaftslage, durch die auch das Malergewerbe in schwerste Mißleidenschaft gezogen ist — über 80 % arbeitslose Kollegen — war es uns doch möglich, die diesige Zahlstelle auf dem Niveau des Vorjahres zu erhalten. Die Rassenverhältnisse zeigen einen einigermaßen stabilen Stand. Auch nach außen konnte die Organisation sich durchsetzen und gute Erfolge erzielen. Die durch unser Einschreiten erfolgte Umgruppierung von der Sonder- zur Hauptunterstützung brachte unsern arbeitslosen Kollegen eine Nachzahlung von über 2000 M. Auch die Abschaffung der täglichen Kontrolle der arbeitslosen Maler und Anstreicher war die Frucht unserer Bemühungen, was von uns zur Agitation gut verwertet werden konnte. Trotz der enormen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Unterstützungsauszahlung konnte der Verband sogar noch eine Weihnachtsbesonderunterstützung gewähren. Im Interesse aller Mitglieder liegt es nun, durch fleißige Agitation den Verband zu stärken, um auch im vor uns liegenden Jahre allen Anforderungen gewachsen zu sein. Kollege Knüchel, Essen, sprach der Geschäftsführung der Zahlstelle seinen Dank für die geleistete Arbeit aus, die das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigte. Insbesondere die Rassenführung sei einwandfrei gewesen, so daß von ihm keine Beanstandungen zu erfolgen brauchten. Eingangs der Vorstandswahlen erklärte Kollege Siebert, daß er infolge Krankheit außerstande sei, fernerhin als Vorsitzender zu fungieren und bittet, von seiner Wiederwahl Abstand nehmen zu wollen. Er danke den Kollegen für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und bat, dasselbe auch auf seinen Nachfolger übertragen zu wollen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen einig und geschlossen bei den bevorstehenden Arbeiten zusammenzutreten; das Ziel müsse sein: ungeschwächt aus der Krisenwirtschaft hervorzugehen.

**Greifswald.** Einen guten Verlauf nahm unsere auf den 16. Januar ins Gewerkschaftshaus einberufene Generalversammlung. Aus dem Rassen- und Geschäftsbericht des Filialkassierers, Kollegen Kroß, war zu ersehen, daß wir im abgelaufenen Jahre, trotz beispielloser Erwerbslosigkeit im Berufe, ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Der Mitgliederstand konnte gesteigert werden, so daß nunmehr die ortsanfässige Kollegenschaft fast reiflos organisiert ist. Neben der agitatorischen Arbeit waren dauernd Klagen durchzuführen oder Beschwerden zu schlichten. Einen vollen Erfolg erzielten wir gegen das Arbeitsamt, von dem 18 arbeitslose Kollegen, ohne vorherige Prüfung der Verhältnisse, in die Saisonarbeiterunterstützung eingereiht worden waren. Es konnte dadurch eine Nachzahlung von rund 800 M herausgeholt werden. Diese Tätigkeit hat sich in einer erfreulich gestiegenen Anteilnahme am Verbandsleben ausgewirkt; unsere Versammlungen waren das ganze Jahr hindurch von etwa 70 % der Mitglieder besucht. Durch einmütige Wiederwahl wurde der Filialverwaltung das Vertrauen ausgesprochen. Nach Beantwortung einiger Anfragen und Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten konnte der Vorsitzende, Kollege Sponholz, die gut besuchte Versammlung schließen.

**Schweinfurt.** Eine reichhaltige Tagesordnung hatte die am 16. Januar im Restaurant „Germania“ tagende Jahresversammlung zu erledigen. Der Bevollmächtigte, Kollege Lutz, gab einen ausführlichen Bericht über die organisatorische Tätigkeit im verfloffenen Geschäftsjahr. Neben dem regen Agitations- und Versammlungsleben wurden Kurse zur beruflichen Weiterbildung der Mitglieder abgehalten, für die Jungkollegen Wanderungen veranstaltet und 20 Lehrlingen wurde die Teilnahme am Nürnberger Jugendtreffen möglich gemacht. Eine Beschwerde gegen das Arbeitsamt wurde durch Verhandlung vor dem Spruchauschuß mit Erfolg durchgeführt und fünf Kollegen von der Sonderfürsorge in die allgemeine Arbeitslosenversicherung übernommen. Ortsstarifamt und Arbeitsgericht hatten über Lohnindifferenzen zu entscheiden. Alle Fälle wurden zu unsern Gunsten entschieden, wobei allerdings ein Kollege nicht selbst in den Genuss seiner Nachforderung kommen konnte, da der Betrag von 138 M der Kasse des Ortsstarifamtes zugesprochen wurde. Den

Rassenbericht gab Kollege Scheller. Nach der geprüften Abrechnung ist ein Rassenbest. von 445 M vorhanden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und hierauf der Filialvorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Dann hielt der Bezirksleiter, Kollege Dolsch, einen instruktiven Vortrag über die gegenwärtige Wirtschaftslage. Die Weltkrise droht für uns in Deutschland zur Katastrophe zu werden. Ungeachtet der furchtbaren Notlage der Arbeiterschaft versucht das Unternehmertum, unter vorsorglicher Aufsicht der Rentenreue, das staatliche Versicherungswesen zu verschlechtern oder ganz zu beseitigen und nach der Art des berückichtigten Dr. Eisenbart durch Lohnabbau eine Verbesserung der Kaufkraft herbeizuführen. Das mit Beifall aufgenommene Referat ließ er in die ernste Mahnung ausklingen, treu zur Organisation zu stehen und für weiteren Ausbau Sorge zu tragen, denn nur durch festen Zusammenhalt der Arbeiterschaft kann den finsternen Plänen der Reaktion Einhalt geboten werden. — Den Empfängern von Wohlfahrtsunterstützung wurde auf Antrag eine einmalige Beihilfe aus der Filialkasse zugesprochen. Außerdem wurde Klage darüber geführt, daß einzelne Unternehmer auch die Lehrlinge ausbeuten lassen und diesen die ohnehin ungenügende Kostgeldentschädigung vorenthalten. Mit einem anfeuernden Schlußwort zur regen Beteiligung an allen Veranstaltungen des Verbandes und der Zielsetzung, den letzten uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, wurde die von 33 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

**Schwerin.** Einen Rückblick auf die organisatorische Tätigkeit der Filiale gab der auf unserer Generalversammlung erstattete Geschäftsbericht. Die Mitgliedschaft hatte unter langandauernder Arbeitslosigkeit zu leiden. Der Jahresdurchschnitt arbeitsloser beziehungsweise erwerbsunfähiger Kollegen belief sich auf 38 %. An Arbeitslosen, Kranken, Reise-, Invaliden- und Sterbeunterstützung wurden, einschließlich der Leistungen der Filialkasse, rund 3000 M ausgeschüttet. Die Mitgliederzahl konnte von 174 auf 185 gesteigert werden. Unsere Jugendabteilung hat den Stand des Vorjahres gehalten, desgleichen trotz allerungünstigster Konjunktur unsere Zahlstellen Erwis, Lubnigslust und Parchim. In zehn Mitgliederversammlungen wurden die Filialgeschäfte erledigt. Leider haben 20 Kollegen nur an einer Versammlung teilgenommen und etwa 30 Kollegen haben sich vom Verbandsleben fast ganz ferngehalten. Während der letzten Monate hat sich der Versammlungsbefuch erfreulich gehoben; es zeigt sich eben, daß die überaus schlechte Zeit in den Kollegen das Bedürfnis weckt, sich zur Abwehr der wirtschaftlichen Notte fester zusammenzuschließen. Die Kollegen Bentzien, Jahn und Ehle konnten auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband zurückblicken, ihnen wurde mit den herzlichsten Glückwünschen der Filiale eine vom Hauptvorstand gestiftete Ehrenurkunde überreicht. Der neue Filialvorstand besteht aus den Kollegen Harms, Müller und Jahn, Stellvertreter sind die Kollegen Bruhn und M. Salchow, Revisoren die Kollegen Kröger und Burmeister und mit dem Amt des Jugendleiters wurde Kollege Salchow betraut.

**Muppertal.** Am 17. Dezember 1930 tagte im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung unserer Filiale. In einem ausführlichen Bericht gab der Geschäftsführer, Kollege Hille, einen Rückblick auf die Entwicklung der beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres. Er zeigte auf, wie sich die Weltkrise in unserm vom allgemeinen Stand der Wirtschaft stark abhängigen Gewerbe deutlich wieder spiegelt. Die Arbeitslosigkeit ist außergewöhnlich groß. Wenn man die selbständigen „Unternehmer“, die von der Wohlfahrt unterstützt werden müssen, hinzuzählt — und deren Zahl beträgt in unserm Stadtgebiet über 200 —, so waren Ende Dezember rund 83 % der ortsanfässigen Berufsangehörigen erwerbslos. War die Agitation infolge der wirtschaftlichen Notlage auch schwierig, so doch nicht ohne Erfolg. Wir können feststellen, daß unsere Organisation gut fundiert ist, und daß die Mitglieder treu zum Verbandsleben stehen. Besonders erfreulich ist die Entwicklung unserer Jugendgruppe. Sie konnte eine größere Zahl neuer Mitglieder gewinnen und arbeitet in vorbildlicher Weise am weiteren Ausbau der Organisation. So zeigt das Jahr 1930, trotz der betrüblichen Begleiterscheinungen dieser schweren Zeit, doch auf dem Gebiete der organisatorischen Tätigkeit einige Lichtblicke. Nach kurzer Aussprache erfolgte die einstimmige Wiederwahl des Geschäftsführers, Kollegen Hille. In einem großangelegten Referat sprach dann der Bezirksleiter, Kollege Beringer, über die kommende Lohn- und Tariffbewegung. Schon kürzlich wurde in einer Sitzung mit dem Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Innungsverbandes von Seiten der Arbeitgeber die Lohnfrage angeschnitten. Wenn der Fühler von uns als verfrüht betrachtet und mit vollem Recht als unzeitgemäß zurückgewiesen wurde, so besagt das allerdings nicht, daß die Unternehmer nicht auch weiterhin — vorläufig noch mehr oder weniger geheimnisvoll — mit dem Gedanken einer Lohnreduzierung spielen. Ob sie ihre Absichten durchzuführen imstande sein werden, wird in erheblichem Maße davon abhängen, wie wir unsere Organisation bis zum Kündigungs- und Ablaufstermin intakt halten. Die Besondere noch weiter auszubauen vermögen. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß alle Forderungen der Unternehmer auf Kürzung der bestehenden Lohnsätze strikte abzulehnen sind. In der einmütigen Geschlossenheit aller berufstätigen Arbeitnehmer müssen die Angriffe der Arbeitgeber auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zerschanden werden.

# Berufsunfälle

Bremen. Einen eigenartigen Berufsunfall erlitt am 31. Dezember 1930 unser Kollege Albert Hochfeld. Er arbeitete bei der Firma Nau & Ellmers in Spätschicht und befand sich kurz vor 11 Uhr mit seinem Fahrrad auf dem Nachhausewege. Dabei wollte er einer die Straße überquerenden Person ausweichen, kam mit dem Rad zwischen die Straßenbahnschienen und zog sich einen Bruch des Fußgelenkes zu. Die Verletzung wird bis zur Heilung längere Zeit in Anspruch nehmen.

Frankfurt an der Oder. Am 2. Dezember vorigen Jahres war der Kollege Sartz an einem Neubau in der Sorauer Straße damit beschäftigt, ein Flurfenster von außen von einer 8 Meter hohen Anlegeleiter aus zu streichen. Als er die Leiter erstiegen hatte, brach das obere Ende durch. Kollege S. verlor den Halt und stürzte aus 6 Meter Höhe ab. Er zog sich durch den Fall eine Knieprellung zu, an deren Folgen er noch heute in Behandlung ist. Wenn sich nicht weitere Komplikationen ergeben, was bei Stöß- und Prellverletzungen leicht der Fall sein kann, ist der Verunglückte bei dem Sturz aus so beträchtlicher Höhe verhältnismäßig gut davongekommen. Auch dieser Unfall muß für unsere Kollegen eine Mahnung sein, Leitern und Gerüstmaterial vor dem Gebrauch stets gründlich auf ihre Beschaffenheit zu prüfen.

Hamburg. Der Kollege E. Reissner erlitt am 3. Januar auf dem Wege zur Arbeitsstelle infolge Ausgleitens einen Kniegelenksbruch.

Köln. Am 12. Januar verunglückte unser Jungkollege Karl Krepssbach, beschäftigt bei der Firma Schmidt, Jülicher Straße. Er fiel von einer schadhafte Ebleiter so unglücklich, daß er beide Oberarme brach. Es ist sehr zu wünschen, daß der bedauernswerte junge Kollege keinen dauernden Körperschaden zurückbehaltene möchte. Unsern Kollegen sollte dieser Unfall zum Anlaß dienen, Leitern oder Gerüstmaterial stets auf seine Gebrauchsfähigkeit genauestens zu prüfen.

# Wirtschaftspolitik

## Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik bedeutet Dauerinflation!

Zu den Wirtschaftsplänen der Nazis, mit deren Hilfe sie sich eine große Anhängerschaft zu schaffen vermochten, gehört die zinslose Ausgabe von Geld in zwei Formen: Erstens sollen zinslose Kassenscheine ausgegeben werden, mit denen der Staat seine produktiven Anlagen (Elektrizitätswerke usw.) finanzieren soll und zweitens sollen von neuzugründenden Banken, den Bau- und Wirtschaftsbanken, zinslose Darlehen für den Wohnungsbau auf Grund neugeschaffenen Geldes, der sogenannten Baumarktscheine, gewährt werden. Im Dezemberheft der „Gesellschaft“ zeigt Dr. Alfred Brauntal die Gefahren eines solchen Planes, dessen Durchführung zu einer Dauerinflation führen müßte. Es ist begreiflich, wenn solche Pläne gern gehört werden, zumal in Zeiten der Krise, die wie Brauntal sagt, der beste Nährboden des Inflationismus ist. Wie schön wäre es, den Wohnungsbau mit zinslosen Baumarktscheinen zu finanzieren. Das Baugewerbe würde beschäftigt, die Konjunktur angekurbelt, die Mieten könnten sinken und, da das unverzinsliche Baugeld einen Druck auf die Zinssätze im allgemeinen ausüben würde, auch die Zinssätze könnten herabgedrückt werden. Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich jedoch gleich, daß eine solche Lösung zu den schwersten Wirtschaftsfolgen führen müßte. Brauntal zeigt an einem eindringlichen Beispiel, daß die Zuleitung zum Beispiel von drei Milliarden Mark zinslosen Baugeldes den gesamten Geldumlauf (einschließlich des bargeldlosen Verkehrs) um mehr als 18% erhöhen müßte, und daß folglich die Preise in der Wirtschaft sehr erheblich, sagen wir um zehn Prozent, steigen müßten. Mit der Preissteigerung, die zur Vereinigung der Krise erforderlich ist, wäre es vorbei, und auch die Droffselung der Ausfuhr wäre bei einer solchen Preissteigerung unvermeidlich. Jedoch handelt es sich bei den nationalsozialistischen Plänen nicht allein um eine vorübergehende Maßnahme zur Krisenbekämpfung, vielmehr wollen sie den Wohnungsbau dauernd durch zinsloses Baugeld finanzieren. Das aber würde nun die Erziehung des Baumarktes mit ständig neuen zinslosen Baugeldern erfordern, die die Preise immer weiter in die Höhe treiben müßten. Damit würden sehr rasch die aus der Inflationsperiode wohlbekannten Erscheinungen auftreten: Flucht aus der Reichsmark in die Sachwerte und Devisen, entsprechende Steigerung der Geschwindigkeit des Geldumlaufs, die noch weitere Preissteigerung auslösen müßte usw. Es erscheint wohl überflüssig, der heutigen Generation die Folgen einer Dauerinflation im einzelnen auszumalen. Die Erinnerung daran ist noch frisch genug.

Die Anziehungskraft des unrenten Gedanken der Schaffung von zinslosem Geld ist auch für Arbeiter und Angestellte in Perioden der Wirtschaftskrise verständlich. Der vom Großkapital bedrängte Mittelstand, dessen Kapitalverwertung vom Großkapital erzwungen wurde, würde vielfach sogar eine Dauerinflation begrüßen, da er davon für sich manche günstigen Folgen erwartet, während er die ungunstigen geistlich übersehen. Der gewerbliche Mittelstand will niedrigere Zinsen, hat nichts gegen die Preissteigerung, da die Löhne, die Steuern und andere Lasten, die er tragen muß, noch lange unbeeinträchtigt bleiben, während er für seine Waren schon höhere Preise erzielen kann. Dem liegt an der Aufrechterhaltung

des Zusammenhanges mit der Weltwirtschaft nichts, da er an dem Export nur unbeträchtlich beteiligt ist und zu den Auslandskrediten keinen Zugang hat. Wegen dieser Vorteile der Inflation kann der Mittelstand leicht vergessen, daß letzten Endes auch er durch eine neue Inflation vernichtet werden kann. Nicht einmal ein Abstoppen der Inflation wäre ohne Folgen möglich, da ein jedes Abstoppen der Inflation unvermeidlich von einer scheren Wirtschaftskrise begleitet ist. Brauntal will durch seine Ausführungen zeigen, daß die geschilderten Gedanken der Nationalsozialisten ausschließlich der Kleinbürgerlichen Ideenwelt entstammen und daß sie den Wunschtraum einer Klasse widerspiegeln, der niemals in Erfüllung gehen, niemals zu einer wirklichen Befreiung von dem Druck führen kann, den der Kapitalismus auf den Mittelstand gelegt hat. Weite Kreise der Angestellten und Beamten leisten dem Mittelstand Gefolgschaft, da sie den Weg zur sozialistischen Bewegung noch nicht finden konnten. Je mehr sich aber diese Schichten vom Scheinsozialismus des Mittelstandes lösen und dem echten Sozialismus zustreben werden, desto rascher wird die Erkenntnis wachsen, daß ein erfolgreicher Kampf gegen das Kapital nur von der Arbeiterklasse und von dieser nur mit der sozialistischen Zielrichtung geführt werden kann.

# Vom Ausland

## Amsterdam plant Notstandsmaßnahmen

Eine Notstandsmassnahme grossen Stils plant Amsterdam. Die Stadt will etwa 10 000 kommunale Wohnungen renovieren lassen. Das würde für 1200 arbeitslose Maler und Tapeziere Beschäftigung bedeuten, so dass in diesen Berufen für den Winter die Arbeitslosigkeit praktisch beseitigt wäre. Zur Deckung der Kosten wird ein Kredit von 375 000 Gulden angefordert.

## 25-jähriges Jubiläum des Niederländischen Gewerkschaftsbundes

In der ersten Woche des Monats Januar feierte der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörende Niederländische Gewerkschaftsbund (NVV) sein fünf- undzwanzigjähriges Jubiläum. Als der NVV im Jahre 1906 errichtet wurde, war die Lage der niederländischen Gewerkschaftsbewegung eine äußerst schwierige. Ueberall standen anarcho-syndikalistische Tendenzen im Vordergrund; „revolutionäre Aktion ohne Arbeitslosenkassen“ war die Parole des Tages. Es gab damals nur eine einzige auf freigewerkschaftlicher Basis stehende Organisation, nämlich den unter Leitung von H. Polak stehenden Niederländischen Diamantarbeiterverband. Es war denn auch vor allem H. Polak, der sich für die Gründung der jetzigen Landeszentrale einsetzte.

Mit Stolz kann der Niederländische Gewerkschaftsbund auf die Resultate seiner fünf- undzwanzigjährigen Arbeit zurückblicken. Trotzdem es auch heute noch zahlreiche andere Richtungen und demnach einen starken Konkurrenzkampf gibt, wusste sich der NVV zur weit- aus stärksten Organisation zu entwickeln. Er umfasst 49% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. In den vergangenen Jahren ist seine Mitgliederzahl ständig gestiegen; allein im Jahre 1929 gewann er 34 716 neue Mitglieder, womit die Gesamtmitgliederzahl auf 251 380 gebracht wurde. Wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, so ist auch der NVV auf der Grundlage der zentralisierten Berufsorganisationen aufgebaut: es gehören ihm insgesamt 28 Verbände an. Das Gesamtvermögen der angeschlossenen Organisationen ist im Laufe der Jahre stark gestiegen; es betrug im Jahre 1925 7 650 000 Gulden, im Jahre 1930 12 500 000 Gulden. Der NVV selber hält eine Streikkasse, die bis jetzt auf insgesamt 1 670 000 Gulden angewachsen ist und für die angeschlossenen Organisationen eine starke Stütze bedeutet.

In den letzten Jahren bildete sich in Holland eine enge Zusammenarbeit zwischen dem NVV und der Sozialdemokratischen Partei heraus. Diese Entwicklung trug in hohem Masse zur Vereinheitlichung der Aktion und Propaganda bei. So errichteten die beiden Organisationen gemeinsam die Aktiengesellschaft „Die Arbeiterpresse“, die sich hauptsächlich die grössere Verbreitung der sozialistischen Tagesblätter zum Ziele setzt.

Als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes wies anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten Kollege Sassenbach auf die grossen Leistungen des NVV und seine häufigen Initiativen auf internationalem Gebiet hin. Wie freundschaftlich die Beziehungen zwischen der niederländischen Landeszentrale und dem IGB sind, zeigen folgende Worte Sassenbachs: „Wenn auf Grundlage des Beschlusses des Pariser und später des Stockholmer Kongresses der Sitz des IGB nach Berlin zurückverlegt wird, so wird in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung die Zeit unvergessen bleiben, während der der IGB in Holland seinen Sitz hatte und in gutem Einvernehmen mit dem NVV wirksam war.“

# Verstärkendes

## Sprachkurse.

Anfang Februar 1931 beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“ (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit

ungünstiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M erhoben. Erwerblos zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Die Sprachschule befindet sich seit dem 1. Dezember 1930 im Norden Berlins und zwar: N 54, Rosenthaler Straße 13. Anmeldungen zu den Sprachkursen können schriftlich oder persönlich erfolgen.

# Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59, Zukünfte bereitwilligst.

## Gebrauchsmuster.

Nr. 121. 1153 391. Eimer für Färbereien und chemische Betriebe. Reinhardt, Leopold. G. m. b. H. Dresden, Wettiner Straße 26.

## Erteilte Patente.

Nr. 75c. 517 048. Verfahren zur Herstellung von in den verschiedenen Farben erscheinenden Gemälden, Skizzen und dergleichen. Lothar Freiherr von Ritter, Berlin NW 40. In den Zelten 19.

Nr. 22g. 517 349. Verfahren zur Herstellung von Firnissen, Lacken usw. Kazuo Ota und Kazuo Syogoten Japan.

Nr. 22i. 517 098. Verfahren zur Herstellung von kaltstüftigem Leim. Benno Nordon. Berlin SW 19, Wallstraße 11-12.

## Angemeldete Patente.

Nr. 75a. B. 25 802. Vorrichtung zum Ausziehen von mit Ausnehmungen versehenen Profilstäben. mit einer Farbschicht. Vereinigte Stahlwerke A.-G., Dortmund.

Nr. 22h. 3. 71. 30. Farbenprüfpistole. Karl Schmanek und Raimund Chocholla, Wien.

Nr. 22g. B. 126 338. Verfahren zur Herstellung von pulverförmigen Trockenlackprodukten. Firma Louis Blumer, Zwickau in Sachsen.

Nr. 75c. E. 35 708. Verfahren zur Herstellung von Schablonen. Textil-Aerographie A.-G., Zürich, Abrisrieden, Schweiz.

Nr. 22i. R. 73 250. Verfahren zur Aufarbeitung von Zwischen- und Abfallerzeugnissen für Gel- und Lackfarben. Hugo Reinhardt, Oberhausen, Rhld., Schwarzstraße 65.

Nr. 22h. 3. 31 950. Verfahren zur Herstellung leicht gefärbter oder färbbarer Spirituslact. J. G. Farbenindustrie A.-G., Frankfurt am Main.

# Bekanntmachungen

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Max Langmaack in Kiel, Buchnummer 40 433, ist entwendet worden. Es wird gebeten, sobald es in unserer Filiale oder Zahlstelle vorgelegt werden sollte, anzuhalten und es der Filiale Kiel, Legienstraße 24, Zimmer 13, zuzustellen.

# Literarisches

Dr. med. Rudwiga Sternheim: Sichere und unerschütterliche Bekämpfung der Arterienverhärtung. Preis 2 M. Bruno Willens Verlag in Hannover. — Die Kriegs- und Inflationszeit sowie der jetzige schwere Daseinskampf und die damit verbundenen Aufregungen haben die Zerkürung der menschlichen Gefühle und Nerven außergewöhnlich beschleunigt. Es ist daher nur zu begrüßen, daß der bekannte Verfasser seine Erfahrungen während einer langjährigen Praxis zum Besten aller Leidenden veröffentlicht. In diesem leichtverständlichen Buch, das bereits in 21. bis 30. Auflage vorliegt, zeigt Dr. Sternheim, wie sich die „Verhärtungen“ von ihrem gefährlichen Weiden befreien können. Die Ursachen der Arterienverhärtung werden eingehend erläutert, ebenso auch Beschwerden, Krankheitszeichen, Blutdruck, Vorbeugung und Heilung. Jeder Kranke sollte die angegebene Selbstbehandlung beherzigen, ehe es zu spät ist.

Handbüchlein über die Krankenversicherung. Von Stadtamtmann E. Galm, Fischaffenburg, Eisenstraße 3. Selbstverlag. Preis 30 S., 100 Stück 25 M. — In dem Büchlein sind die wichtigsten Bestimmungen über die reichsgesetzliche Krankenversicherung nach dem neuesten Gesetzesstande in leicht verständlicher Weise zusammengefaßt. Die Anschaffung dieses hübschen Büchleins kann untern Verbandsmitgliedern bestens empfohlen werden.

Vom 25. Jan. bis 31. Jan. ist die 5. Beitragswoche.  
Vom 1. Febr. bis 7. Febr. ist die 6. Beitragswoche.

# Sterbetafel.

Darmstadt. Am 21. Januar wurde unser Kollege Heinrich Kunkel von langer schwerer Krankheit im Alter von 57 Jahren durch den Tod erlöst.  
Frankfurt am Main. Am 8. Januar starb unser treuer Kollege Otto Emge im Alter von 70 Jahren.  
Hamburg. (Bezirk Harmbek.) Am 8. Januar starb nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied Georg Michelsen im Alter von 50 Jahren.  
Mannheim. Am 9. Januar starb unser langjähriges treues Mitglied, der Kollege Philipp Kenner im Alter von 58 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!

## Seltene Gelegenheit!

## Zufallsache!

Altbestehendes Farben- und Tapetengeschäft, verbunden mit Malergewerbe, in volkreicher Gegend Berlins, 2 Schau- fenster, tauschloser 3-Zimmerwohnung (Bad), billige Miets, zum Frühjahr preiswert zu verkaufen. Gef. Ang. Chiffre 1006

# MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht, Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Naunhof-Leipzig